

## Hintergrund

# «Der Westen hat seine Chance vertan»

**Zukunft der Ukraine** US-Historikerin Mary E. Sarotte glaubt nicht mehr daran, dass das Land den Krieg gewinnen und die verlorenen Gebiete zurückerobert kann. Sie empfiehlt den Rückzug auf verteidigbare Linien – und die Aufnahme der Ukraine in die Nato.

Vincenzo Capodici  
und Christof Mürger

**Frau Sarotte, wie beurteilen Sie die Lage im Ukraine-Krieg?**

Ich bewundere den Mut der Ukrainer. Und ich wünsche, sie könnten ihre Territorien mit den Grenzen von 1991 zurückerobert. Leider scheint die Gegenoffensive festgefahren zu sein, und die Verluste sind sehr hoch. Die Ukrainer wären heute weiter, wenn der Westen die nötigen Waffen früher geliefert hätte. Nach den Rückeroberungen im Sommer und im Herbst 2022 hätten besser ausgerüstete Ukrainer Durchbruchschancen gehabt. Doch die Russen erhielten Zeit, um massive Verteidigungslinien aufzubauen. Inzwischen ist die Frontlinie leider mehr oder weniger fest. Der Westen hat seine Chance vertan.

**Die Unterstützung des Westens bröckelt, und Russland fährt die Kriegsindustrie hoch. Ist die Zeit jetzt nicht auf Putins Seite?**

Jein. Einerseits hat Wladimir Putin Durchhaltevermögen, und Russland steht keinesfalls vor einem Kollaps. Andererseits brauchen die Russen eine Mobilisierung, wenn sie vorwärtskommen wollen. Das ist in der Bevölkerung jedoch unbeliebt und kann politisch gefährlich werden für Putin. Er kann nicht warten und nichts tun, auch Putin hat nicht ewig Zeit.

**Die Nato will die Ukraine aufnehmen. Doch es gibt weder eine formelle Einladung noch einen klaren Zeitplan. Ist das klug?**

Nein. Das erinnert an das vage Versprechen beim Nato-Gipfel 2008 in Bukarest, als der Ukraine und Georgien eine Mitgliedschaft in Aussicht gestellt worden war. Das weckte in beiden Ländern falsche Erwartungen. Und es lieferte Putin einen Anlass, Georgien anzugreifen. Ich bin der Meinung, dass die Ukraine in die Nato gehört – allerdings nur unter der Bedingung, dass sie feste Grenzen hat. Das setzt einen Waffenstillstand voraus oder zumindest das Ende der grösseren Kampfhandlungen.

**Können Sie das erläutern?**

Ein Szenario wäre, dass die Ukraine Grenzen definiert, auch wenn Gebiete von den Russen besetzt bleiben. Dabei geht es nicht um internationale anerkannte Grenzen, auch nicht um endgültige Grenzen, sondern um Linien, die sich militärisch verteidigen lassen. Die starken Sicherheitsgarantien der Nato gemäss Artikel 5 (der festschreibt, dass ein Angriff auf ein Mitgliedsland ein Angriff auf die gesamte Allianz ist, die Red.) hängen unausweichlich mit Grenzen zusammen. Verstehen Sie mich bitte nicht falsch.

**Bitte.**

Klar ist, für die Ukraine wäre ein Waffenstillstand oder eine ähnliche Vereinbarung bei temporärem Verzicht auf eigenes Territorium nicht das, was sie möchte. Im Idealfall würden wir heute über die Wiederherstellung der ukrainischen Grenzen des Jahres 1991 sprechen. Diese Alternative,



«Es braucht ein Ende der grossen Kampfhandlungen», sagt Mary E. Sarotte: Ein ukrainischer Soldat trauert an einem Denkmal in Kiew um gefallene Kameraden. Foto: Sergei Supinski (AFP)

**«Es geht nicht um endgültige Grenzen, sondern um Linien, die sich militärisch verteidigen lassen.»**

die ich jetzt diskutiere, ist bei weitem nicht ideal. Aber sie wäre immerhin ein gangbarer Weg in die Nato. Insofern könnte die Ukraine die Bundesrepublik Deutschland des 21. Jahrhunderts werden. Dieses Modell hat sich bewährt.

**Sie sprechen den Nato-Beitritt von Westdeutschland im Jahr 1955 an. Die BRD befand sich aber nicht in einem Krieg mit Ostdeutschland, der DDR.** Deswegen sage ich: Es braucht ein Ende der grossen Kampfhandlungen, und es muss etablierte Grenzen geben. Die BRD hatte die Grenzen zur DDR auch nicht als endgültig definiert, geschweige denn anerkannt. Darum gab es ein Grundgesetz und keine Verfassung, darum war das kleine Bonn die Hauptstadt der BRD und nicht etwa das grosse Frankfurt. Damit machte die Bundesrepublik allen klar, dass ihre Grenzen nur vorübergehend gelten sollen.

**Warum konnte sich die Nato auf ihrem Gipfel im Juli in Vilnius nicht auf eine solche Beitrittslösung für die Ukraine einig? Spielten**

**die russischen Drohungen mit Atomwaffen eine Rolle?**

Nukleare Drohungen gab es schon während des ganzen Kalten Krieges. Das Ergebnis des Gipfels lag eher an den Ukrainern selbst. Sie waren nicht bereit, sich auf ein Ende der grossen Kampfhandlungen einzulassen, und sie sind es bis heute nicht. Das ist auch ihr gutes Recht: Letztlich liegt die Entscheidung bei den Ukrainern, und der Westen soll sie unterstützen. Aber man kann davon ausgehen, dass hinter verschlossenen Türen längst Gespräche mit Kiew laufen – umso mehr, als die Nato im nächsten Jahr in Washington ihr 75-jähriges Bestehen begeht und diesen Anlass mit der Aufnahme der Ukraine krönen könnte. Zum 50. Jahrestag der Nato im Jahr 1999 gab es eine Osterweiterung mit Polen, Ungarn und Tschechien.

**Russland beklagte wiederholt, dass mit der Nato-Osterweiterung seine legitimen Sicherheitsinteressen missachtet wurden. Das wird auch als ein Grund für den Angriff auf die Ukraine angegeben. Gab es eine Zusage des Westens, die Nato nicht nach Osten zu erweitern?**

Bei den Verhandlungen zwischen den Siegermächten des Zweiten Weltkriegs – USA, Sowjetunion, Grossbritannien und Frankreich – sowie der BRD und der DDR im Jahr 1990 wurde auch die Osterweiterung der Nato diskutiert, allerdings nur hypothetisch. Entscheidend ist, dass im Zwei-plus-vier-Vertrag zum Ende der Nachkriegsordnung explizit steht, dass sich die Nato erweitern darf – und zwar über die Frontlinie des Kal-

ten Kriegs hinweg. Moskau hat den Vertrag unterschrieben, ratifiziert und dafür sehr viel Geld erhalten. Der Zwei-plus-vier-Vertrag ist geltendes Recht, doch Putin interessiert das nicht.

**Trotzdem: Das scheinbare Argument des Vertragsbruchs durch die Nato verfängt auch im Westen. Wie ist das zu erklären?**

Das hat wohl ein bisschen mit Antiamerikanismus zu tun, aber nicht nur. Vor allem ist das eine einfache Erklärung, warum es zum Krieg gekommen ist – aber

Mary E. Sarotte



Die 55-Jährige ist Professorin für Geschichte an der Johns Hopkins School of Advanced International Studies in Washington. Zudem gehört sie dem Center for European Studies in Harvard und dem Council on Foreign Relations in New York an. Die US-Historikerin hat sich wie niemand sonst in die Geschichte der Nato-Osterweiterung vertieft. Sarotte veröffentlichte das viel gelobte Buch «Nicht einen Schritt weiter nach Osten. Amerika, Russland und die wahre Geschichte der Nato-Osterweiterung». (red)

richtig ist sie deshalb nicht. Die Nato-Osterweiterung liefert keine Rechtfertigung für die Gräueltaten, die Russland in der Ukraine begeht.

**In den 1990er-Jahren bot sich die Chance, Russland in eine europäische Sicherheitsordnung einzubeziehen. Was ist schiefgelaufen?**

Wie die Nato-Osterweiterung verlief, war alles andere als optimal. Dabei hätte es eine reale Alternative gegeben. Ich meine die «Partnerschaft für den Frieden» ab 1994, der viele Länder als Zwischenstufe zur Nato-Mitgliedschaft beigetreten waren. Darunter waren osteuropäische Staaten und Ex-Sowjetrepubliken, zum Beispiel auch Russland und die Ukraine.

**Was hätte das gebracht?**

Durch diese Partnerschaft wären drei entscheidende Eckpunkte für eine vernünftige Sicherheitsordnung gleichzeitig respektiert worden: die Zusammenarbeit zwischen den Nato-Ländern und der fragilen russischen Demokratie, das Selbstbestimmungsrecht der osteuropäischen Staaten und das Bereitstellen eines Ankerplatzes in Europa für die Ukraine. US-Präsident Bill Clinton erkannte schon damals, dass der Frieden in Europa von der Ukraine abhing. Doch die Ukraine wurde von der Politik aussen vor gelassen.

**Warum ist die «Partnerschaft für den Frieden» gescheitert?**

Clinton wollte zwar keine neue Trennlinie durch Europa ziehen, doch letztlich setzte sich stattdessen das Alles-oder-nichts-Prinzip bei der Osterweiterung der

Nato durch. Das war das Resultat von Entwicklungen in den USA und in Russland, die sich gegenseitig stark beeinflussten. In Russland liess Präsident Boris Jelzin 1993 das eigene Parlament beschliessen, 1994 befahl er den Tschetschenien-Krieg. Gleichzeitig begann der Rückbau der Demokratie in Russland. Das alles alarmierte die mittel- und die osteuropäischen Länder, vor allem Polen, die nun umso rascher der Nato beitreten wollten. Und in den USA gewannen die Republikaner die Zwischenwahlen 1994 mit überwältigender Mehrheit und forderten eine rasche Osterweiterung. Das schwächte Präsident Clinton, und er änderte seine Nato-Politik. Die «Partnerschaft für den Frieden» existiert zwar heute noch, sie wurde aber schnell danach nebensächlich.

**Für den Sonderfall Ukraine gab es 1994 das Budapester Memorandum: Die Ukraine übergab ihre Atomwaffen an Russland, das sich mit den USA und Grossbritannien verpflichtete, die territoriale Integrität der Ukraine zu achten. Genützt hat es nichts.**

Ein ukrainischer Diplomat sagte schon 1994, dass das Budapester Memorandum einen Angriff der Russen nicht verhindern könne. Das Memorandum war eine Anerkennung, die die Ukraine für die Abgabe ihrer Nuklearwaffen erhielt. Es war kein Vertrag, und es beinhaltete keine Sicherheitsgarantien wie der Beistandsartikel 5 der Nato. Russland hat das Memorandum 2014 mit der Annexion der Krim erstmals missachtet. Es war ein gravierender Fehler des Westens, dass er kaum darauf reagiert hat.